

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 21.05.2013

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:15 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:30 Uhr bis 18:15 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Rudenz Schramm	parteilos	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr

Entschuldigt fehlt:

Herr Swen Knöchel DIE LINKE. Vertreter: Herr Schramm

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Folgende Tischvorlagen wurden ausgegeben:

TOP 8 Mitteilung zu STARK III

TOP 9 Auflistung der Brandschutzüberprüfungen

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Verwaltung bittet die Vorlage

Abänderungsbeschluss zur Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2013 - Beitritt zur kommunalaufsichtsbehördlichen Genehmigung vom 7. Mai 2013
V/2013/11700

in die Tagesordnung als Dringlichkeitsvorlage aufzunehmen. Herr Geier begründete die Dringlichkeit und wies besonders auf die Monatsfrist im Rahmen des Rechtsbehelfes hin.

Herr Müller kritisierte, dass über die Vorlage nicht eher informiert worden und diese erst als Tischvorlage übergeben worden sei. So könne keine Rückkopplung mit der Fraktion erfolgen.

Abstimmung über die Aufnahme der Dringlichkeitsvorlage:

10 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

einstimmig zugestimmt (2/3 Mehrheit gegeben)

Die Verwaltung stellt die ursprünglich als TOP 5.3 geplante Vorlage

Wirtschaftsplan 2013/2014 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle

zurück.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Wöllenweber nach dem Grund erläuterte Herr Geier, dass der Wirtschaftsplan nicht mit dem Haushalt der Stadt korrespondiere. Besonders die Annahmen ab dem Jahr 2014 müssen noch abgestimmt werden. Eingeschätzte Risiken können nicht ohne Abstimmung und Abwägung 1:1 in den städtischen Haushalt übernommen werden. Negative Auswirkungen für das Jahr 2013 seien nicht zu erwarten, ggf. auftretende Differenzen könne die TOO GmbH aus ihrer vorhandenen Liquidität ausgleichen.

Die Mehrheit der Mitglieder des Ausschusses kritisierte die Vorgehensweise der Verwaltung und erwartet für die kommende Sitzung die Vorlage, so wie sie der Aufsichtsrat beschlossen

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 21. Mai 2013 – öffentlicher Teil

habe. Wenn die Verwaltung eine Änderung wünscht, könne dies in der Beschlussvorlage benannt werden.

Der Antrag:

TOP 6.1

Antrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU) - Anpassung der Honorarsätze für freie Mitarbeiter des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel"

wird zurückgestellt, da der Kulturausschuss in seiner Sitzung am 8. Mai 2013 kein abschließendes Votum abgegeben hat.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende geänderte Tagesordnung wird festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen am 12., 14. und 19.03. sowie 16.04.2013
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Genehmigung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) im Haushaltsjahr 2013 für die Baumaßnahme Berliner Straße, Bahnübergang Zöberitzer Weg km 4,790 im investiven Finanzhaushalt
Vorlage: V/2013/11681
 - 5.2. Wirtschaftsplan 2013 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11174
 - 5.3. Wirtschaftsplan 2013/2014 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: V/2013/11687 – zurückgestellt -

16.04.2013

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 16. April 2013 wurde folgender abschließender Beschluss gefasst:

zu 3.3 Verkauf von kommunalen Grundstücken
Vorlage: V/2013/11584

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt den Verkauf der Grundstücke Böllberger Weg 176 und 177 – Gemarkung Halle, Flur 01, Flurstück 2453 und 2475 an den Verein „Clara Zetkin“ e.V., Böllberger Weg 177 in 06128 Halle (Saale) zu den in der Beschlussvorlage aufgeführten Bedingungen.

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Genehmigung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) im Haushaltsjahr 2013 für die Baumaßnahme Berliner Straße, Bahnübergang Zöberitzer Weg km 4,790 im investiven Finanzhaushalt
Vorlage: V/2013/11681**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Wöllenweber, Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim, Frau Riedel und Frau Ströhl (Abteilungsleiterin Straßenbaufinanzierung und -controlling).

Auf Nachfrage erläuterte Frau Riedel, dass das Projekt in keinem Zusammenhang mit der HES stehe, sondern lt. Kreuzungsvereinbarung mit der Deutschen Bahn.

Frau Ströhl ergänzte, dass die Straße nach dem gesetzlich vorgeschriebenen Blinklichtprogramm nach den Regeln der Technik umgesetzt werde. Diese müsse 6 m breit sein, um die Befahrbarkeit von Feuerwehr und Müllfahrzeugen zu ermöglichen. Die Straße befinde sich auf städtischem Gebiet und werde zu je einem Drittel vom Bund, der Deutschen Bahn und der Stadt finanziert.

Frau Riedel fügte an, dass der Anteil der Stadt zu 80 % gefördert werde. Die lange Bauphase richte sich nach dem Zeitplan der Bahn.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) im Haushaltsjahr 2013 für die Baumaßnahme Berliner Straße Bahnübergang Zöberitzer Weg km 4,790 im investiven Finanzhaushalt, PSP-Element 7.660078.700.200 Tiefbauleistungen in Höhe von 224.700 €.

Die Deckung erfolgt aus der Verpflichtungsermächtigung 2013 aus dem PSP-Element 7.660057.700.200 Thomasiusstraße, Tiefbauleistungen in Höhe von 224.700 €

Finanzielle Auswirkung:

PSP-Element	Finanzhaushalt investiv
7.660078.700.200	224.700 € (VE)

Deckung:	
7.660057.700.200	224.700 € (VE)

**zu 5.2 Wirtschaftsplan 2013 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle
 (Saale)
 Vorlage: V/2012/11174**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wehrich, Herr Dr. Meerheim und Herr Dr. Wöllenweber.

In dieser wurde ausgeführt, dass im Jugendhilfeausschuss angekündigt wurde, die Finanzierungsrichtlinie anzupassen.

Beratungen mit Freien Trägern zu dieser Thematik wurden noch nicht geführt – informierte Herr Dr. Meerheim.

Da die Ausführungsbestimmungen zum neuen KiFöG noch nicht vorliegen, sei eine Anpassung der Finanzierungsrichtlinie und der Beitragssatzung zum 01.01.2014 denkbar.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt dem Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in vorliegender Fassung zu.

Finanzielle Auswirkung:

Ergebnisplan der Stadt Halle (Saale)

Produkt 1.36101 Förderung von Kindern in Kindertagesstätten	2.907.078 €
Produkt 1.36501 Betrieb von Kindertagesstätten	23.615.640 €

Finanzplan der Stadt Halle (Saale)

Jugendarbeit	2.462.522 €
davon Aufwendungen passive Altersteilzeit	1.731.381 €
davon außerordentlicher Ertrag	731.141 €

**zu 5.3 Wirtschaftsplan 2013/2014 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: V/2013/11687**

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle folgenden Beschluss zu fassen:

Der Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr vom 01.08.2013 bis zum 31.07.2014 wird beschlossen.

**zu 5.4 Beschluss zur Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das
Haushaltsjahr 2013 - Beitritt zur kommunalaufsichtsbehördlichen
Genehmigung vom 7. Mai 2013
Vorlage: V/2013/11700**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Herr Misch, Herr Krause, Herr Dr. Wöllenweber, Herr Wolter, Herr Wehrich, Herr Dr. Wiegand und Herr Geier.

Herr Dr. Wiegand betonte, dass mit diesem Beschlussvorschlag, inklusive der Aufhebung des zusätzlichen Beschlusses des Antrages von Herrn Misch (80 T€ für Grünflächen)

vollständig die Auflagen des Landesverwaltungsamtes zur Haushaltsgenehmigung umgesetzt werden.

Aus den Reihen des Ausschusses wurde darauf hingewiesen, dass der Finanz- und Ergebnisplan voneinander abweichen. Herr Geier führte aus, dass dies ein Versehen der Verwaltung sei, da ursprünglich mit dem Antrag von Herrn Misch anders umgegangen werden sollte, als jetzt im Beschlussvorschlag vorgesehen. Dies werde bis zur Stadtratssitzung korrigiert.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Geier, dass dem Landesverwaltungsamt bekannt gewesen sei, dass der Beschluss durch die Verwaltung übernommen worden und nur noch mal aufgrund der durch die Verwaltung nachgereichten Deckung im Stadtrat aufgerufen worden sei. Der Antrag hätte aus formalen Gründen danach in der Stadtratssitzung zurückgezogen werden müssen. Da dies nicht erfolgte, kam es zu dem vorliegenden Missverständnis.

Mehrere Mitglieder äußerten, dass Sie den Eindruck erhalten haben, dass ein anderer Beschluss dem Landesverwaltungsamt eingereicht, als im Stadtrat beschlossen wurde. Ein Beschluss zum Haushalt wurde bereits gefasst. Dieser solle nicht abgeändert werden.

Herr Dr. Wiegand führte aus, dass das Landesverwaltungsamt der Stadt in einem Schreiben aufgegeben habe, in einem formalen Akt den Auflagen des Landesverwaltungsamtes beizutreten. Der Rest sei in Ordnung. Er appellierte an die Ausschussmitglieder, um den Haushalt schnell in Kraft setzen zu können und neue Diskussionen mit der Kommunalaufsicht zu vermeiden.

Herr Geier erläuterte auf Nachfrage, dass die Positionen zu den Personalstellen auf dem Stellenplan mit Stand vom 25.03.2013 basieren. Die Entscheidungen des Stadtrates wurden eingearbeitet. Die vakanten 9 Stellen werden über die globale Minderung abgedeckt, bis für diese im laufenden Haushaltsjahr eine andere Lösung gefunden werde.

Herr Dr. Wiegand stimmte der sprachlichen Änderung zu, den Betreff der Vorlage anzupassen und Abänderungsbeschluss in nur Beschluss zu ändern. Er informierte darüber, dass die soeben geführte Diskussion im morgigen Hauptausschuss in der aktuellen Stunde geführt werden sollte und fragte die Mitglieder, ob sie darauf verzichten möchten.

Die Mehrheit der Ausschussmitglieder bestätigte, dass die Diskussion nicht noch einmal im Hauptausschuss wiederholt werden sollte.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag (in geänderter Form/Betreff):

1. Der Stadtrat hebt den Beschluss zum Änderungsantrag des Stadtrates Werner Misch (CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011"-V/2012/11307 - hier Produkt 1.55101 – V/2013/11583 – auf.

2. Der Stadtrat tritt der Genehmigung des Landesverwaltungsamt am 07.05.2013, AZ-208-10402-HAL-HH 2013-2 bei.

Anmerkung

Änderung des ursprünglichen Betreffs:

Abänderungsbeschluss zur Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2013 - Beitritt zur kommunalaufsichtsbehördlichen Genehmigung vom 7. Mai 2013

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

-
- zu 6.1 Antrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU) - Anpassung der Honorarsätze für freie Mitarbeiter des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel"**
Vorlage: V/2013/11464
-

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Voraussetzungen für eine Anpassung der Honorarsätze für freie Mitarbeiter des Konservatoriums „Georg Friedrich Händel“ an vergleichbare kommunale Musikschulen zu schaffen und eine entsprechende Erhöhung umzusetzen.

Finanzielle Auswirkung:

Deckung erfolgt aus zurückgeflossenen Mitteln für Honorarkräfte (40.000 € in 2012)

-
- zu 6.2 Gemeinsamer Antrag der FDP-Stadtratsfraktion, der CDU-Stadtratsfraktion und der SPD-Stadtratsfraktion zur Ausrichtung des Internationalen Hansetages 2019**
Vorlage: V/2013/11604
-

An der ausführlichen Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Wöllenweber, Herr Dr. Meerheim, Herr Bönisch, Herr Krause, Herr Wolter, Herr Misch, Frau Hintz, Herr Wehrich, Herr Dr. Wiegand, Herr Geier und Herr Voß (Geschäftsführer Stadtmarketing Halle GmbH).

Herr Dr. Meerheim ließ über das Rederecht von Herrn Voß abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Voß informierte ausführlich über die Kosten, die den Städten Osnabrück 2006, Salzwedel 2008 und Lüneburg 2012 entstanden seien und mit welchen Kostenpositionen die Stadt Lübeck für das Jahr 2014 plane und welche evtl. Kosten der Stadt Halle (Saale) im Jahre 2019 entstehen könnten. Inklusive der Refinanzierung durch Sponsoren u. ä. sowie Fördermittel von Bund und Land sollte die Stadt von einem Mindestzuschussbetrag in Höhe von 250 – 300 T € ausgehen. Die Wertschöpfung durch ein derartiges städtisches Event liege bei etwa dem 8 – 12fachen der Kosten.

Die Mitglieder des Ausschusses tauschten ihre Argumente für und wider des Ausrichtens des Hansetages in der Stadt Halle (Saale) aus.

Es wurde nicht in Frage gestellt, dass ein derartiges Großereignis insgesamt für die Stadt positive Effekte hätte, interessant für die Wirtschaft und eine Bereicherung des Stadtlebens wäre. Die finanzielle Entwicklung der Stadt sollte nicht derartig negativ beurteilt werden. Für dieses Jahr liege bereits ein ausgeglichener Haushalt vor. Die Orientierung solle am Ziel stattfinden. Die Vergabe des Hansetages an eine gewisse Stadt stelle eine Chance zur Herausstellung und eine Würde für die jeweilige Stadt dar.

Aufgrund der äußerst angespannten Haushaltslage müsse jedoch auch die Verhältnismäßigkeit zu den bereits eingegangenen Verpflichtungen der städtischen Vereine und Verbände beachtet werden. Auch sei keinerlei Information vorhanden, wer in diesem Projekt welche Aufgabe und mit welchem Umfang erfüllen solle. Eine Marketingstrategie sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu erkennen. Eine Unterstützung des in der Stadt Halle (Saale) bestehenden Hansevereines sei auch denkbar, so dass nicht die Stadt als Veranstalter auftritt. Für dieses Fest werde ein gewisser Garantiebtrag benötigt, damit es ein Erfolg werden kann und kein Imageschaden für die Stadt entsteht.

Herr Voß erläuterte, dass sich die Stadt Halle (Saale) an bereits durchgeführten Hansetagen orientieren sollte. So gehören zum Beispiel eine Eröffnungs- und Abschlussveranstaltung, ein Kulturprogramm, die besondere Gestaltung der Stadt, ein Hanse- und ein historischer Markt, Sitzungen und Versammlungen, Exkursionen, Führungen, Workshops sowie ein Wirtschaftsforum, eine Hanseparty, ein Delegiertenempfang und ein Kinderprogramm bereits zu den festen Bestandteilen des Hansetages. In dieses Programm sollte die einheimische Kunst- und Kulturszene unbedingt einbezogen werden, um das Fest unverwechselbar zu gestalten. Um dieses Programm vorzubereiten und durchzuführen werden Medienarbeit, Marketing, ein Hansebüro inklusive Personal usw. benötigt. Ein ausgereiftes Konzept liege noch nicht vor. Dies sei aufgrund der noch nicht vorliegenden Beschlusslage auch noch nicht sinnvoll. Auf alle Fälle bringe eine solche Veranstaltung größere Imageeffekte als Plakate in anderen Städten.

Herr Geier informierte, dass ein Ansparen des notwendigen Zuschusses über eine Verpflichtungsermächtigung aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht möglich sei. In den kommenden Jahren sei auch aufgrund des aufgelaufenen Altdefizits mit keinem Überschuss des Ergebnisplanes zu rechnen.

Die Antragsteller einigten sich auf die Streichung des 2. Absatzes des Beschlussvorschlages.

Herr Dr. Wiegand betonte, dass auch diese Streichung zu keiner anderen Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag führe und dieser weiter aus den aufgeführten Gründen abgelehnt werde.

Auch durch Mitglieder des Ausschusses wurde kritisch angemerkt, dass die finanziellen Entwicklungen der Stadt durch sich verschärfende Rahmenbedingungen erschwert werden. So zeichnen sich zum Beispiel fehlende Gewinne bei den Beteiligungen ab und das Finanzausgleichsgesetz lässt auch keine vermehrten Zuschüsse an die Stadt erhoffen. Die Stadt wäre gezwungen, spätestens 3 Jahre vorher, ihre Bewerbung zurückzuziehen. Dies würde dem Image der Stadt nicht gut tun. Der Oberbürgermeister müsste bei der derzeitigen Einschätzung der finanziellen Lage der Stadt Widerspruch gegen einen derartigen Beschluss einlegen. Darauf sollte es der Rat nicht ankommen lassen.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich auf dem Internationalen Hansetag 2013 in Herford um die Ausrichtung des Internationalen Hansetages 2019 zu bewerben.

~~Die Mittel zur Ausrichtung des Hansetages in Höhe von ca. 500.000 € sind in den HH-Jahren 2015 bis 2019 anzusparen.~~

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

STARK III

Herr Geier wies auf die ausgegebene Tischvorlage hin.

zu 9 mündliche Anfragen

Bäder Halle GmbH

Herr Wolter fragte nach, ob die Pressemeldung richtig sei, dass die Bäder wieder zurück an die Stadt übergeben werden sollen.

Herr Misch erläuterte, dass er von dieser Meldung auch überrascht war, obwohl er Mitglied im Bäderbeirat sei.

Herr Geier bestätigte, dass alle Haushaltspositionen auf den Prüfstand der Wirtschaftlichkeit gestellt und nach Optimierungspotentialen gesucht werden. Er bestätigte einen Prüfauftrag innerhalb der Verwaltung gemeinsam mit dem Stadtwerkekonzern und dem Sportbereich.

Stellenplan

Auf Bitte von Frau Hintz sagte Herr Geier zu gegebener Zeit eine Information bezüglich der Lösung des Problems mit den 9 Stellen im Stellenplan zu.

Auf Nachfrage von Herrn Müller, wann ein Mitarbeiter nach Eintritt in die Freizeitphase wieder in die Verwaltung zurückgeholt werde, erläuterte Herr Geier, dass dies stark vom Einzelfall abhängt.

Personalkostenbudget der Fraktionen

Herr Bönisch bat in der morgigen Sitzung des Hauptausschusses um eine Information zum Personalkostenbudget der Fraktionen. In einer ihm übermittelten Mail sei ein erheblicher Fehler enthalten. Die Tarifierhöhung sei falsch übermittelt, so dass er den Eindruck habe, dass die Fraktionen mehr Geld erhalten, als ihnen zustünde. Er bat um Prüfung und Information.

Haupterschließungsstraße

Herr Dr. Meerheim bat um Information, wie der Stand der Landesförderung der Haupterschließungsstraße sei. 80 – 90 % wurde in Aussicht gestellt.

Abfallgebührensatzung

Herr Misch bat um eine Information in der morgigen Hauptausschusssitzung, ob die Stadt in Erwägung ziehe, bezüglich des Urteils des Oberverwaltungsgerichtes Magdeburg zur Abfallgebührensatzung, Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht einzureichen.

(18:15 Uhr – Herr Bönisch verließ die Sitzung.)

zu 10 Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Egbert Geier
Bürgermeister

Dr. Bodo Meerheim
Ausschussvorsitzender

Martina Beßler
Protokollführerin